

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Volker Hauff MdB, Bundesminister für Verkehr, setzt sich mit dem Beitrag des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dregger in der verkehrspolitischen Debatte auseinander: Bemerkenswerter Widerspruch. Seite 1/2

Roy Jenkins, Präsident der EG-Kommission, zum europäischen Spiel der Kräfte: Natürliche Verbündete. Seite 3/4

Hermann Heinemann erläutert die Schwerpunkte sozialdemokratischer Sportpolitik: Ein Stück sozialer Gerechtigkeit. Seite 5/6

Karl Hofmann MdB zum gemeinsamen Kampfaufzug gegen die Regierungserklärung des Kanzlers: Unheilige Allianz. Seite 7

Rudolf Müller MdB zur Arbeitsmarktabgabe: Wer bezahlt die Deckungslücke? Seite 8

Horst Peter MdB zur Rolle des Postministers im jüngsten Arbeitskampf: Unterlaufen des Streiks. Seite 9

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 231

2. Dezember 1980

### Bemerkenswerter Widerspruch

-----  
Dreggers "Pause der Vernunft ein Angebot?"

Von Volker Hauff MdB  
Bundesminister für Verkehr

Der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger hat in einem Debatten-Beitrag zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers für eine "Pause der Vernunft beim Straßenbau" plädiert.

Eine solche Äußerung Dreggers, der sich in seiner bisherigen politischen Laufbahn - jedenfalls nicht erkennbar - als Vertreter eines "grünen Flügels" der CDU/CSU ausgewiesen hat, gibt zumindest Anlaß zum Nachdenken. Besonders dann, wenn am gleichen Tage sein Fraktionskollege, der CDU-Abgeordnete Lemmrich, sich zum Anwalt all derer macht, die unter einer sich abzeichnenden Kürzung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau angeblich zu leiden hätten.

Dererlei Widersprüche finden sich mehr: Dregger spricht sich für eine veränderte Wachstumsphilosophie aus, die künftig mehr Lebensqualität statt Wegwerfkonsum enthalten müsse. Hierin ist ihm zuzustimmen.

Gleichzeitig glaubt er, der Protesthaltung weiter Teile der Bevölkerung nicht durch "falsche Zugeständnisse im Umwelt-



schutz" sondern lediglich durch "Wahrhaftigkeit in der Darstellung der eigenen Position und durch energische Schritte in der Entbürokratisierung" begegnen zu müssen. Durch die Einführung der Verbandsklage für Naturschutzverbände wird für ihn die Bundesrepublik Deutschland zu einem Land, in dem nahezu alles verhindert, aber nichts mehr gemacht werden kann - obwohl man den Naturschutzverbänden ja mit großer Sympathie gegenüberstehe.

Dies alles reimt sich nur schwer zusammen. Dennoch muß das Plädoyer für eine "Pause der Vernunft" im Straßenbau als ein bemerkenswertes Angebot zur Diskussion aufgegriffen werden. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über das leistungsfähigste Fernstraßennetz Europas mit rund 40.000 Kilometer Fernstraßen, davon rund 7.500 Kilometer Autobahnen. Die knapper werdenden Ressourcen wie Rohstoffe und Energie, Anforderungen des Umweltschutzes, aber auch sparsamer fließende Mittel des Staates zwingen zu neuen Überlegungen. Ohne ein gut ausgebautes Transportsystem kann es eine funktionierende Volkswirtschaft nicht geben.

Qualität vor Quantität, das heißt Ausbau vor Neubau ist ohnehin Grundsatz der Straßenbaupolitik der Bundesregierung. Die Beseitigung von Engpässen und Unfallschwerpunkten haben Priorität. Eine Pause im Straßenbau muß es nicht geben, aber eine kritische Bestandsaufnahme des Erreichten und eine noch kritischere Analyse des künftigen Bedarfs könnte durchaus ein Gebot der Vernunft sein. Wenn daraus dann, getragen von allen politischen Kräften, ein vernünftiger Ausbau statt einer Pause wird, könnte Dreggers Appell unter anderem in den CDU/CSU-regierten Ländern am Ende doch etwas Positives bewirken.

(-/2.12.1980/ks/ca)

+ + +



Natürliche Verbündete

Das europäische Spiel der Kräfte

Von Roy Jenkins

Präsident der EG-Kommission

Die Europäische Gemeinschaft ist historisch gesehen noch sehr jung. Sie ist erst 23 Jahre alt und die neuen Mitgliedstaaten sind erst seit sieben Jahren dabei. Aber sie ist der Zusammenschluß von neun und bald zehn Mitgliedstaaten mit all ihren Besonderheiten, Sprachen, Traditionen und einer Geschichte, die nicht Hunderte sondern Tausende von Jahren zurückreicht.

Im Ministerrat arbeiten die Vertreter dieser Mitgliedstaaten zusammen. In den frühen Tagen der Gemeinschaft war manchmal die Auffassung zu hören, der Ministerrat werde zu einer Art Senat der Gemeinschaft werden und in Partnerschaft mit einem direkt gewählten Parlament in Form eines Unterhauses zusammenarbeiten. Es kam dann aber anders. Zu Beginn machten die Außenminister und auf der Ebene darunter die Ständigen Vertreter, angefeuert von dem mächtigen Impuls der Europabegeisterung, rasche Fortschritte. Der Gegendruck nationaler Interessen war weniger stark. Es war vielleicht unvermeidlich, daß im Laufe der Zeit die Ratsgeschäfte mehr zur Routine wurden und das frühere Gefühl für die rechte Richtung nachgelassen hat.

Die Minister sind heute eifersüchtig darauf bedacht, nichts von der nationalen Zuständigkeit, selbst für Detailfragen des Gemeinschaftsgeschäfts, abzugeben und immer weniger bereit, der Kommission genügend Spielraum zu geben, damit sie ihre Exekutivaufgaben angemessen wahrnehmen kann. Andererseits haben die Außenminister jedoch auch Einiges von ihrer Entscheidungsbefugnis verloren, zum Teil an ihre Fachkollegen in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Wirtschaft et cetera, und zum Teil an die Staats- und Regierungschefs, die sich dreimal jährlich im Europäischen Rat treffen. Auch die Ständigen Vertreter sind von dieser Entwicklung betroffen. Ihre Kommunikationskanäle zu den Hauptstädten sind allzu gut, und die Sachverständigen haben sich etwas zu breit gemacht. Das birgt die Gefahr in sich, daß der Prozeß, durch die Regierungen der Mitgliedstaaten innerhalb der Gemeinschaft zusammenarbeiten, abgewürgt wird. Fast jeder Beobachter zieht daraus die gleichen Schlußfolgerungen. Der Rat sollte mehr



Exekutivaufgaben an die Kommission delegieren und jeder Ebene innerhalb der eigenen Hierarchie die ihr zukommenden Entscheidungsbefugnisse zurückgeben.

Die Kommission wurde nicht die embryonale europäische Regierung, auf die einige zu Beginn gehofft hatten. Auch heute noch ist es die wichtigste Aufgabe der Kommission, dem Rat Politiken vorzuschlagen und diese - soweit es der Rat zuläßt - durchzuführen. Sie ist politisch vollkommen unabhängig. Sie wird zwar von den Regierungen ernannt, ist aber keiner Regierung-Dienerin. Sie sieht sich in zunehmendem Maße dem Parlament verantwortlich. Als Hüterin der Verträge spielt sie auch gegenüber dem Europäischen Gerichtshof eine besondere Rolle. Aber ich behaupte nicht, daß die Kommission als Instrument der europäischen Politik alles ist, was sie sein könnte. Der Rat sollte ihr weniger Steine in den Weg legen, sie sollte sich aber auch nicht selbst im Wege stehen.

Die Direktwahlen waren im Vertrag von Rom 1957 vorgesehen und wurden endlich 1979 durchgeführt. Dennoch hat das Europäische Parlament nur begrenzte Befugnisse: Einfluß auf die obligatorischen und Befugnisse über die nichtobligatorischen Ausgaben; eine Reihe von Befugnissen, um die Kommission zu kontrollieren, und zwei Waffen - eher schon schwere Sprengbomben - um sein Mißfallen zu zeigen: Es kann den Haushalt ablehnen und es kann die Kommission zu Fall bringen. Das direkt gewählte Parlament könnte sehr viel mehr tun als bisher, sogar innerhalb der bestehenden Regeln, und wir warten noch darauf, daß es sein Gewicht in europäischen Angelegenheiten ebenso in die Waagschale wirft, wie es die nationalen Parlamente in nationalen Angelegenheiten tun. Das Parlament und die Kommission, beides Gremien mit einer mehr europäischen als nationalen Zusammensetzung, sollten in den nächsten Jahren natürliche Verbündete sein. Es wäre ein schlimmer Fehler, wenn der Rat und die Mitgliedstaaten gegenüber dem Parlament zu sehr auf ihre Rechte pochen und die Meinung des Europäischen Parlaments im Entscheidungsprozeß zu wenig berücksichtigen würden.

(-/2.12.1980/ks/ca)

+ + +



Auch ein Stück sozialer Gerechtigkeit  
-----

Schwerpunkte der sozialdemokratischen Sportpolitik

Von Hermann Heinemann

Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Parteivorstand

Die inzwischen zweimal aktualisierten "Sportpolitischen Leitsätze" der SPD sind zu wirklichen Leitlinien sozialdemokratischer Sportpolitik in Bund, Ländern, Gemeinden und für die Sozialdemokraten in den Sportorganisationen und der Sportwissenschaft geworden.

Diese Sportpolitik stützt sich auf den historischen Reichtum und die großen Erfahrungen der ehemaligen Arbeitersportbewegung in Deutschland und wurde mit dem Prinzip des "Sport für alle Mitbürger" zeitgemäß weiterentwickelt. Dieser Aspekt muß deshalb in Erinnerung gerufen werden, weil der Deutsche Sportbund in diesen Tagen mit der erstmaligen Verleihung der "Fritz-Wildung-Plakette" einen Beitrag zur Würdigung der großen Verdienste der deutschen Arbeitersportbewegung - auch für den Deutschen Sportbund - leisten will. Für Sozialdemokraten sind Traditionen und Werte der ehemaligen Arbeitersportbewegung in Deutschland keine "geschichtlichen Merkposten". Sie sind vielmehr lebendige Bestandteile unserer eigenen Parteigeschichte von bald 120 Jahren.

Wer anders als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wäre berufen, das vom Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit von unermesslichem Engagement und auch von Verfolgung geprägte Erbe der einst machtvollen und freiheitlichen Arbeitersportbewegung in Deutschland zu wahren?

Vor diesem Hintergrund hat sich die SPD in den letzten Jahren verstärkt der Bewältigung der "Sozialen Aufgaben des Sports" zugewandt.

Dabei stehen die Sportvereine unverändert im Mittelpunkt unserer Bemühungen: Die steuerlichen Erleichterungen für die Amateursportvereine sind dafür ein deutliches Beispiel. Die SPD hat Wort gehalten: Die bei der Arbeitstagung 1978 in Bonn-Bad Godesberg verabschiedete steuerpolitische EntschlieÙung wurde Punkt für Punkt erfüllt. Unser Grundsatz, daß die "sportliche, kulturelle und gesellige Tätigkeit der Amateursportvereine und ihrer Helfer von steuerlichen Abgaben befreit bleibt", wurde verwirklicht.

Ausgelöst durch Auseinandersetzungen in verschiedenen Sportfachverbänden im Zusammenhang mit der Entscheidung des NOK für Deutschland vom 15. Mai dieses Jahres, wegen der sowjetischen Militärintervention in Afghanistan auf eine Teilnahme an den Olympischen Spielen 1980 in Moskau und Tallinn zu verzichten, halten die Beschwerden der Leistungssportler und Olympiakandidaten auch gegenwärtig noch an.

Sie beklagen vor allem, bei den Beratungen über die Teilnahme oder den Verzicht an den Moskauer Spielen von einigen Fachverbänden nicht oder nur unzureichend beteiligt gewesen zu sein. Die verstärkten Forderungen der Leistungssportler nach mehr Mitbestimmung und Mitverantwortung ist ein Ergebnis dieser Kontroversen.

Für die SPD ist es selbstverständlich, daß wir die Sportler bei ihren Mitbestimmungsforderungen unterstützen. Dies ist im Grunde genommen auch keine Sensation, wie einige konservative Funktionäre und Politiker immer noch vermuten.



Auf der Grundlage des "Codesberger Programms" haben wir in unseren "Sportpolitischen Leitsätzen" unter anderem erklärt:

"Alle Bemühungen zur weiteren Demokratisierung in Vereinen und Verbänden sind nachhaltig zu unterstützen."

Und wir bekräftigen darin weiter den "Vorrang der Selbstbestimmung des Sportlers auch bei Repräsentation von Staat und Gesellschaft".

Die SPD wird das wahlfreie Jahr 1981 für intensive Gespräche mit den verschiedenen Sport-, Studenten- und Jugendorganisationen sowie der Sportwissenschaft nutzen.

Die jetzt vom Sportbeirat der SPD verabschiedete EntschlieÙung zur verstärkten Förderung der "Sozialen Aufgaben des Sports" ist eine wichtige Initiative für die Verbesserung der Sport- und Freizeitmöglichkeiten der Behinderten oder sozial benachteiligten Mitbürger.

Die Sozialdemokraten haben gerade diesen sozialpolitisch wichtigen Bereich des Sports zu einer ihrer Hauptaufgaben erklärt. Hier gilt es unbeirrbar weiter zu arbeiten, um den Sport als ein "Stück sozialer Gerechtigkeit" zu verwirklichen.

Dies trifft in ähnlicher Weise auch für die EntschlieÙung zur "Sportförderung in den Entwicklungsländern" zu. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit fast 15 Jahren ihre unablässige Bereitschaft zur solidarischen Hilfe bewiesen. Wir wollen den Entwicklungsländern in erster Linie bei der Verbesserung des Schul-, Jugend- und Freizeitsports helfen. Dabei muß die nationale und ethnische Identität dieser Länder gewahrt bleiben und ein "Kulturexport" verhindert werden.

Von großer Wichtigkeit sind für die SPD unvermindert die innerdeutschen Sport- und Jugendbeziehungen. In diesen Tagen beginnen Vertreter der beiden deutschen Sportbünde mit den Beratungen über den Abschluß des Veranstaltungskalenders 1981.

Gerade das Nach-Olympische Jahr würde sich eigentlich dafür anbieten, nicht nur im Leistungssport, sondern auch im Freizeit- und Jugendsport sowie in der Sportwissenschaft die Zahl der Begegnungen deutlich zu erhöhen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands würde es außerordentlich bedauern, wenn die DDR-Sportführung sich weiterhin restriktiv verhalten würde.

Eine solche Haltung widerspräche nämlich den Verpflichtungen aus:

- dem Grundlagen-Vertrag 1973;
- dem Protokoll der beiden deutschen Sportbünde von 1974;
- der KSZE-Schlußakte 1975;
- den Erklärungen und Zielen der Europäischen Sportkonferenz;
- den Regeln und Zielen der internationalen Sportfachverbände und des Internationalen Olympischen Komitees.

Wir unterstützen den Deutschen Sportbund bei seinen Bemühungen, den Deutschen Turn- und Sportbund der DDR vereinbarungsgemäß für eine Ausweitung der gegenseitigen Sportbeziehungen zu gewinnen.

Die Vereine, Sportgemeinschaften, Clubs und Verbände in den beiden deutschen Staaten warten und hoffen darauf, daß die Zahl der Sportbegegnungen deutlich erhöht und auch Sportler und Jugendliche der mittleren und unteren Ebenen an dem innerdeutschen Sportverkehr teilnehmen können.



### Unheilige Allianz

-----

Gemeinsamer Kampf gegen die Regierungserklärung des Kanzlers

Von Karl Hofmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wir sind dafür, dagegen zu sein. Nicht anders kann der gemeinsame Kampf gegen die Regierungserklärung des Bundeskanzlers heißen.

Da schießt der IG Metall-Loderer gegen Schmidt, weil die Montan-Mitbestimmung nicht für alle Zeiten festgenagelt werden konnte. Im Gegensatz dazu poltert die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Kanzler habe den Forderungen der Gewerkschaft nachgegeben.

Der Deutsche Beamtenbund vermißt Aussagen über die Schlüsselrolle des öffentlichen Dienstes. Die Arbeitgeberverbände beklagen dagegen das Zurückweichen der Bundesregierung bei den Forderungen der Postgewerkschaft und der ÖTV: Die Freizeitregelung für Schichtdienstleistende sei ein Widerspruch zu den Beteuerungen der Regierung, im öffentlichen Dienst Sparsamkeit zu üben.

Das Gegenteil behaupten die "Linken" in der SPD: Eindeutig werde auf Kosten der SPD-Wähler gespart. Für sie sei die Spielwiese zu klein und das werde Schwierigkeiten in dieser Legislaturperiode geben. Das Präsidium des Deutschen Industrie- und Handelstages sieht größte Schwierigkeiten für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die vor allem bei der großen Kostenbelastung läge. Dieselbe Regierungserklärung erweckt beim Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten wiederum den Anschein, als habe der Wirtschaftsminister, Graf Lambsdorff, die Wirtschafts- und Sozialpolitik dem Kanzler in die Feder diktiert.

Diese neue Allianz aus Vertretern der Verbände (BDI und IHK) und der SPD-"Linken" ist aber keine Phalanx. Geschlossen ist sie nur im Auftreten gegen den Kanzler. Ihre Stellungnahmen zeigen aber sehr deutlich, daß jeder gegen jeden ist und gemeinsam gegen den Kanzler. Der aber kann für sich in Anspruch nehmen, sicher in der Mitte zu sein, wenn er von "rechts" und "links" gleichstark angeschossen wird.

Anstelle besserer Vorschläge kam von der einen Seite aber nur die eiskalte Kalkulation für die eigenen Interessen. Die Verbandsfunktionäre wissen mit diesem Instrument gut umzugehen. Die schwere Verantwortung für das Ganze aber überlassen sie dem Kanzler. Der Geschoßhagel von der anderen Seite gilt auch nur dem eigenen Interesse. Einige "Linke" in der SPD-Fraktion haben längst erkannt, daß man mit Solidarität nicht auffällt (Sie wird auch nicht honoriert! Zuverlässigen braucht man nicht nachzulaufen). Von politischer Eitelkeit und ständigem Ehrgeiz gequält, reiben sie sich am Kanzler, denn nur mit ihm lassen sich für sie Schlagzeilen machen und die ersten Seiten der Zeitungen erobern. Geht es nur darum? Doch was wäre, wenn sie diesen Kanzler nicht hätten? Auch die Vertreter der Verbände müssen sich fragen, ob sie für die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Großbritanniens mehr Sympathien aufbringen als für die Politik des Bundeskanzlers, der in schwierigsten Zeiten, die nun weltweit vorhanden sind, in seiner Gesamtverantwortung unser Land (im internationalen Vergleich) mit am besten gesteuert hat.

(-/2.12.1980/ks/ca)

+ + +



### Wer bezahlt die Deckungslücke?

#### Überlegungen zu einer Arbeitsmarktabgabe

Von Rudolf Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages

In Bürgersprechstunden, am Telefon und in Privatgesprächen mit Bekannten wurde in letzter Zeit wiederholt heftig kritisiert, daß die Bundesregierung angeblich beabsichtige, die Beamten mit einer "Arbeitsmarktabgabe" zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Dies sei unzulässig, ja sogar verfassungswidrig. Beamte könnten schließlich nicht arbeitslos werden, die Arbeitslosenversicherung also auch nicht belasten. Um Kritikern gleich entgegenzutreten: Es gibt keinerlei Beschlüsse oder konkrete Pläne der Bundesregierung zur Schaffung einer solchen Abgabe. Eine Diskussion über die Beteiligung von Beamten an der Arbeitslosenversicherung kommt allerdings immer dann wieder hoch, wenn durch eine schwierige wirtschaftliche Gesamtlage die Arbeitslosenversicherung Finanzierungsprobleme hat, und es läßt sich nicht leugnen: Unser Land befindet sich zur Zeit in einer Phase rückläufiger Konjunktur. Das hat viele, in erster Linie weltwirtschaftliche Gründe. Die Folgen dieser Situation sind: Rückgang der Nachfrage nach Gütern und sinkende Investitionsbereitschaft der Unternehmer.

Da es in den wichtigsten Partnerländern der Bundesrepublik ähnlich aussieht, ist auch durch den Außenhandel in nächster Zukunft kein entscheidender Konjunkturstoß zu erwarten. Diese gesamtwirtschaftliche Situation bringt zwangsläufig eine Steigerung der Arbeitslosenzahlen mit sich. Dies wiederum führt dazu, daß die Arbeitslosenversicherung sich einer abnehmenden Zahl von Beitragszahlern und einer steigenden Zahl von Anspruchsberechtigten auf Arbeitslosengeld gegenüber sieht. Nachdem die notwendigen Leistungen zunächst aus den Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) gedeckt werden konnten, wird das Defizit dieses Jahres in Höhe von 1,6 Milliarden DM aus dem Bundeshaushalt ausgeglichen. Das für das nächste Jahr zu erwartende Defizit in Milliardenhöhe müßte der Bundesfinanzminister ebenfalls aus Steuergeldern abdecken.

Es ist doch nicht verwunderlich, daß in einer solchen Situation von den verschiedensten Seiten andere Vorschläge zur Defizitabdeckung gemacht werden. Daß dabei auch an die Heranziehung der Beamten gedacht wird, ist darauf zurückzuführen, daß - entgegen weitverbreiteter Ansicht - auch sie von der Tätigkeit der Bundesanstalt für Arbeit profitieren. So nehmen sie selbst, ihre Familienangehörigen, vor allem ihre Kinder die Berufsberatung, die Arbeitsvermittlung, die Förderung der beruflichen Bildung und auch die von der BA angebotenen Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch. Auch diese Dienste sind kostenaufwendig und ihre Finanzierung trägt zum Defizit der BA bei. Daher ist es verständlich, wenn darüber nachgedacht wird, ob die Personen, die diese Dienste der BA bisher unentgeltlich in Anspruch nehmen, zur Mitfinanzierung herangezogen werden können.

Ob und in welcher Form eine Arbeitsmarktabgabe in den nächsten Jahren eingeführt werden soll, wird von vielen weiteren Gesprächen und Überlegungen abhängen. Mit Sachlichkeit, ohne Emotionen und Polemik muß diese Frage angegangen werden. Und die Diskussion darf nicht mit Schlagworten wie "unzumutbares Sonderopfer" und ähnlichem in Keime erstickt werden.

(-/2.12.1980/ks/ca)

+ + +



Unterlaufen des Streiks  
-----

Postminister verletzte Angemessenheit im Arbeitskampf

Von Horst Peter MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Auch nach Abschluß der Verhandlungen über einen Freizeitausgleich für Schichtarbeit muß die kritische Auseinandersetzung über die Arbeitskampfmaßnahmen des Postministers als öffentlichen Arbeitgeber weitergeführt werden.

Die Verfügung des Bundespostministers an die Oberpostdirektion und Ämter, die beamteten Kräfte, darunter auch in Ausbildung befindliche beamtete Nachwuchskräfte zu Mehrarbeit heranzuziehen, stellt eine Verletzung der Angemessenheit von Arbeitskampfmaßnahmen durch den Arbeitgeber dar.

Denn es geht in der Verfügung nicht um Notdienste, sonst hätte eine von der Deutschen Postgewerkschaft angebotene Regelung über Notdienste akzeptiert werden können, sondern um den massenhaften Einsatz von Beamten zu Streikarbeit. Bei der Betriebsstruktur der Bundespost mit ihrem hohen Beamtenanteil im einfachen Dienst erscheint ein Unterlaufen des Streiks möglich. Das aber bedeutet, daß der Deutschen Postgewerkschaft die Tariffähigkeit genommen werden kann. Sie wird in ihrer Existenz als Gewerkschaft gefährdet. Es geht also bei der Kritik der Maßnahme nicht darum, ob der Einsatz von Beamten zu Streikarbeit beamtenrechtlich vertretbar ist, auch nicht um den Solidaritätskonflikt der beamteten Gewerkschaftsmitglieder mit ihren streikenden Kollegen, sondern darum, ob die Maßnahme des Postministers eine Verletzung der Koalitionsfreiheit darstellt.

Folgt man dem Bundesarbeitsgericht in seinen Aussperrungsurteilen, in denen das Streikrecht als notwendige Voraussetzung für die Tariffähigkeit einer Gewerkschaft genannt wird, da es das einzige Mittel sei, den Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen, dann ist es beim Arbeitskampf um den Freizeitausgleich für Schichtarbeit tatsächlich auch um die Tariffähigkeit der Postgewerkschaft gegangen. Damit hat der öffentliche Arbeitgeber die Verhältnismäßigkeit im Arbeitskampf verletzt und die Koalitionsfreiheit in Frage gestellt.

(-/2.12.1980/vo-he/ca)

